

Die Trebag wird seit 1980 als AG geführt und erzielt einen Gruppen-Honorarumsatz von 15 Mio.DM. Ihre 12 Aktionäre sind als Berater in der Trebag tätig. (HB, 4.4.89) -lou-

*(27)

Dritte Runde beim Offshore-Öl

Ein hoher Kader der China National Offshore Oil Corp. (CNOOC) drückte seine Befriedigung über das ausländische Echo auf die Ausschreibungen für neue Offshore-Öl-Konzessionen aus. Indes blieb die Anzahl der tatsächlich abgeschlossenen Verträge in dieser dritten Runde der Konzessionsvergabe gering. Dies weist darauf hin, daß das Interesse der Ölindustrie an den Fördergebieten im Südchinesischen Meer geringer geworden ist.

An der dritten Ausschreibungsrunde, die von Januar bis zum 3. April 1989 lief, hatten 35 Ölgesellschaften ein anfängliches Interesse gezeigt. Acht Unternehmen kauften geophysikalische Daten, die von der chinesischen Regierung zur Verfügung gestellt worden waren. Diese Daten umfaßten ein 32.000 km² großes Gebiet.

Das Gebiet in der Dongsha-Shenshu-Sektion des Perfluß-Deltas im Südchinesischen Meer ist die erste Förderzone, die von China seit 1985 angeboten worden war. Nur sechs endgültige Angebote von Ölgesellschaften wurden abgegeben: fünf aus den USA und eines aus Großbritannien.

Vor sieben Jahren hatten noch 28 Unternehmen Angebote eingereicht. Damals wurden 19 Verträge abgeschlossen. Zwei Jahre später machten 15 Unternehmen Angebote, von denen acht zu konkreten Verträgen führten.

Hinsichtlich dieser dritten Runde wurde nun von der chinesischen Regierung mitgeteilt, daß die Diskussionen über die Angebote im Mai 1989 beginnen sollen. Ein Angestellter eines US-Unternehmens, das einen Vorschlag eingereicht hatte, erklärte, sein Unternehmen habe es nicht eilig, mit den Explorationsarbeiten zu beginnen.

In dieser dritten Ausschreibungsrunde wurden die Gebührenzahlungen, die von den Unternehmen erwartet werden, ermäßigt. Man ist von der Regelung abgegangen, 12,5% für Ölfelder zu verlangen, die mehr als 20.000 Barrel pro Tag erbringen. Die Bedingun-

gen hinsichtlich der Bohr- und Finanzanforderungen für die Unternehmen sind ebenfalls erleichtert worden. Die Regeln, nach denen ausländische Unternehmen einheimische Arbeiter zu den gleichen Preisen wie ausländische Arbeiter anzuheuern hatten, wurden ebenso verändert.

Die chinesische Offshore-Ölindustrie leidet unter Mittelknappheit, sie braucht dringend ausländische Investitionen, um die Produktionsziele zu erreichen. Ein Angestellter der CNOOC erklärte, daß die Mittelknappheit ein wesentliches Problem für die Industrie geworden sei. Er fügte hinzu, daß die ausländischen Unternehmen ihre Ausgaben reduziert und im letzten Jahr auch ihre Bohrquoten herabgesetzt hätten.

Die ausländischen Mittel, die im Jahre 1988 200 Mio.US\$ betragen hätten, müßten steigen, falls China die Förderungsziele für das Jahr 1992 erreichen wollte, die sich auf 5 Mio.t Rohöl und 1,2 Mrd.m³ Erdgas belaufen. CNOOC hat einen Kredit in Höhe von 25 Mio.US\$ mit einer Laufzeit von sechs Jahren von der Sumitomo-Bank aus Japan aufgenommen. Keine Angaben wurden über die Zinsrate gemacht, doch aus Kreisen der CNOOC verlautete, daß der Zinssatz unterhalb der kommerziellen Raten läge. (AWSJ, 17. und 25.4.89) -lou-

Binnenwirtschaft

*(28)

Probleme und Aussichten in der Landwirtschaft

Der Korrespondent der *Beijing Rundschau*, Liu Jianjun, interviewte den Minister für Landwirtschaft, He Kang. Es folgen wichtige Ausschnitte aus diesem Gespräch:

Auf die Frage des Korrespondenten, welche Fortschritte es in den letzten 10 Jahren der Reform gegeben hätte, antwortete He Kang u.a., daß sich auch die Produktionsstruktur verändert habe. Durch die schnelle Entwicklung der Forstwirtschaft, Viehzucht, des Nebengewerbes, der Fischerei sowie des sekundären und des tertiären Wirtschaftssektors auf dem Lande wurden die Umwandlungen der ländlichen Natural- und Halbnaturalwirtschaft in die Warenwirtschaft gefördert.

Im Jahre 1988 habe es bereits 1,58-Mio. gemeindeeigene Betriebe gegeben, deren Produktionswert mehr als 600 Mrd.Yuan betrug. Dadurch haben die einst überschüssigen Arbeitskräfte auf dem Lande ein Auskommen gefunden. Diese Betriebe bilden eine Art Stütze der ländlichen Wirtschaft und einen bedeutenden Bestandteil der Volkswirtschaft. Auf die Anmerkung des Korrespondenten, einige Ausländer sagten, seit 1985 sei in China eine landwirtschaftliche Krise entstanden, antwortete He Kang zu den Ursachen:

1984 sei das höchste Niveau in der Getreideproduktion Chinas erreicht worden - über 400 Mio.t. Aufgrund mangelnder Kapazitäten an Lagerung, Transport und Verarbeitung sei es für die Bauern schwierig, Getreide zu verkaufen. So entstand bei der Umwandlung der Naturalwirtschaft in Warenwirtschaft und bei der Umwandlung der traditionellen in eine moderne Landwirtschaft ein neues Problem. Seit 1984 gibt es in der landwirtschaftlichen Produktion einige Schwankungen, und die Getreideproduktion erreichte nicht mehr den Stand von 1984. Die Situation der landwirtschaftlichen Produktion ist ernst, aber sie befindet sich nicht in der Krise. Am problematischsten ist es für uns, wie sich die Landwirtschaft weiter entwickeln und ein höheres Niveau erreichen kann. Die dringlich zu lösenden Fragen von heute sind:

- Der niedrige Getreidepreis und die nachlassende Aktivität der Bauern für die Getreideproduktion. Der Unterschied zwischen dem Preis für Getreide, das der Staat einheitlich aufkauft, und dem auf dem Markt ist relativ groß, und der Getreidepreis ist im Vergleich zu dem für technische Kulturen niedrig. Außerdem vergrößerte sich zwischen den industriellen und den landwirtschaftlichen Produkten die Preisschere. Aufgrund der beträchtlichen Preissteigerungen bei landwirtschaftlichen Produktionsmitteln, höheren Selbstkosten und niedriger Effizienz ließ die Aktivität der Bauern für die Getreideproduktion nach. Der Staat hat beschlossen, ab April dieses Jahres den Ankaufspreis für das vom Staat vertraglich bestellte Getreide und Speiseöl und den Aufkaufspreis für Baumwolle zu erhöhen und die Versorgungsmängel an Kunstdünger, der zu allgemeingültigen Preisen verkauft wird, analog mit der vertraglich vereinbarten Ankaufsmenge des Getreides zu steigern.

- Mangelnde Investitionen. In den letzten Jahren wurden im Staatsbudget die Mittel für den landwirtschaftlichen Investbau, die staatlichen Ausgaben und Kredite für die Landwirtschaft sowie die örtliche Finanzierung landwirtschaftlicher Investitionen von Jahr zu Jahr verringert. Die Investitionen der Bauern für die Landwirtschaft sind ebenfalls immer mehr zurückgegangen. Seit diesem Jahr verändert sich diese Tendenz. Der Staat hat bereits einige neue Geldquellen erschlossen, um die Landwirtschaft zu unterstützen. Die Kredite für die Landwirtschaft, die Mittel für den planmäßigen Investbau und die örtlichen Finanzen für landwirtschaftliche Investitionen werden erhöht.

Der Korrespondent fragte, daß aufgrund des schnellen Bevölkerungswachstums und der ständigen Reduzierung des Ackerlandes die Landwirtschaft den Ertrag pro Flächeneinheit steigern müsse - sei dieser Weg gangbar?

He Kang antwortete: Das Wachstum der Bevölkerung und der Rückgang des Ackerlandes haben doch einen großen Druck auf die landwirtschaftliche Produktion ausgeübt. 1988 haben sich die Menschen in China um über 15 Millionen vermehrt. Im April dieses Jahres erreichte die Bevölkerungszahl 1,1 Mrd. Dies hat bei der Regierung große Beachtung hervorgerufen. Zwischen 1978 und 1987 ist die Ackerfläche um 3,5 Mio.ha - etwa im Ausmaß der Nutzfläche in der Provinz Hubei - zurückgegangen. In den letzten Jahren wurde die Tendenz, Ackerland für andere Zwecke zu verwenden, in gewisser Weise gemildert. Aber der Zustand, Ackerland privat zu nutzen, besteht noch.

Die Möglichkeiten zur Steigerung der Produktion bestünden, weil das landwirtschaftliche Potential sehr groß sei. Erstens bringen zwei Drittel der Felder mittlere oder niedrige Erträge. Die Erfahrungen beweisen, daß man mit technischen und biologischen Maßnahmen den Pro-Hektar-Ertrag um 750 kg bis 1.125 kg steigern kann.

Zweitens werden in Südchina über 20 Mio.ha Naßfelder im Winter noch nicht vollständig genutzt. Es ist möglich, durch den Anbau von Winterweizen, -raps, -bohnen und -gemüse den Ertrag pro Flächeneinheit noch mehr zu erhöhen.

Drittens können 13,3 Mio.ha brachliegendes Land und 13 Mio.ha Marschland erschlossen werden.

1988 hat der Staat mit der Erschließung der Sanjiang-, der Songliao- und der Huanghuai-Ebene und der Errichtung der Zucker- und Baumwollbasen in Guangxi, Yunnan und Xinjiang begonnen und erste Erfolge erzielt. In diesem Jahr wird sich der Staat mit der landwirtschaftlichen Erschließung in Süd-Hunan, Süd-Jiangxi und in der Jiangnan-Ebene beschäftigen.

Hinsichtlich der Frage, welche Maßnahmen die Regierung ergreifen werde, um die landwirtschaftlichen Investitionen zu erhöhen und den Rückgang der Ackerbauflächen zu verhindern, antwortete He Kang:

Wenn es um die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion ging, wurden in den letzten Jahren nur die Politik und die Wissenschaft betont. Die Nationale Konferenz für ländliche Arbeit 1988 unterstrich aber die Wichtigkeit der Investitionen und betrachtete sie als bedeutenden Bestandteil des zu formulierenden Plans für die Entwicklung der Volkswirtschaft. Wir sind bereit, auf verschiedenen Wegen und durch die Schaffung eines neuen Mechanismus die stabile und zuverlässige Quelle für die Erhöhung der landwirtschaftlichen Investition zu sichern.

Die ländlichen Kollektive und Bauern sind die Hauptkräfte, um die landwirtschaftlichen Investitionen aufzubringen. Der Staat ist dabei, einige wirksame Richtlinien über Preise, Finanzen, Kredite und andere wirtschaftliche Hebel zu formulieren, damit mehr Kollektive und Bauern Geldmittel in der Landwirtschaft anlegen. Der Staat und die örtlichen Organe erweitern die landwirtschaftlichen Investitionen. Seit 1989 werden sie trotz der Reduzierung des Investbaus nicht verringert, sondern erhöht. Die Regierung hat beschlossen, auf verschiedenen Wegen einen landwirtschaftlichen Entwicklungsfonds auf allen Ebenen zu schaffen. Die Hauptwege dafür sind:

- Von 1989 an wird der Erhebungsanteil des Aufbaufonds für Energie und Verkehr des Staates erhöht. 1% davon erhält der landwirtschaftliche Entwicklungsfonds.
- Die realen Wachstumsanteile der Steuern aus den gemeindeeigenen Betrieben werden gegenüber 1988 (einschließlich der Steuern für Pro-

dukte, Handel und Produktionswachstum sowie industrielle und kommerzielle Einkommen) für die Entwicklung der Landwirtschaft, besonders der Getreideproduktion, verwendet.

- Die Steuern für die Nutzung von Pachtland, die man jetzt zu erheben beginnt, sollen gänzlich der Landwirtschaft zur Verfügung stehen. Von 1989 an wird zumindest 1 Mrd.Yuan aus diesen Steuern und aus den staatlichen Finanzen in die Landwirtschaft fließen.
- Die meisten Steuern auf spezielle Agrar- und Forstprodukte sind für landwirtschaftliche Investitionen vorgesehen.
- Die Wachstumsanteile der Steuern von einzelnen ländlichen Industrie- und Handels- sowie Privatbetrieben werden gegenüber 1988 im wesentlichen der Landwirtschaft bereitgestellt.
- Mehr ausländisches Kapital soll vorrangig für landwirtschaftliche Vorhaben und industrielle Projekte für landwirtschaftliche Zwecke eingesetzt werden.

Nach einem Überschlagn werden durch diese Maßnahmen ungefähr 3 Mrd.Yuan für den landwirtschaftlichen Entwicklungsfonds aufgebracht. Gleichzeitig ist vorgesehen, ihn durch Bankkredite um 17,2 Mrd.Yuan aufzustocken und die planmäßigen Mittel für den landwirtschaftlichen Investbau um 200 Mio.Yuan zu erhöhen.

Um die Reduzierung der Ackerflächen wirksam zu kontrollieren und die Ackerressourcen zu sichern, hat die Regierung folgende drei Maßnahmen ergriffen:

- Es wurde das staatliche Bodenverwaltungsamt gegründet, das für die Formulierung der Politik und Verordnungen über die Bodenverwaltung und für deren Umsetzung und Kontrolle verantwortlich ist. Das Amt ist ebenfalls dafür zuständig, die Pläne für die Bodennutzung im ganzen Land aufzustellen, die rationelle Nutzung des Ackerlandes zu sichern, die unzulässige private Nutzung und zweckentfremdete Verwendung zu verhindern.
- Es wurde das Bodengesetz erlassen. Die vernünftige Verwendung der Ackerlandressourcen und die Kontrolle der Reduzierung von Anbauflächen sind gesetzlich garantiert.
- Mit wirtschaftlichen Hebeln wurde die Reduzierung der Ackerflächen

unter Kontrolle gebracht und die Bodenqualität verbessert. Der Staat hat beschlossen, rückwirkend von 1987 an Steuern für private Bodennutzung zu erheben. Die anderweitige Ackerlandverwendung gilt es streng zu überprüfen, und die Nutzer müssen Steuern entrichten. Mit Hilfe der bereits eingezogenen Steuern wurden neue Ackerlandressourcen erschlossen und die vorhandenen Felder verbessert.

Die Maßnahmen haben es in den letzten zwei Jahren ermöglicht, die unzulässige Ackerlandnutzung auf 200.000 ha - früher 400.000 ha - jährlich zu reduzieren.

Auf die Frage, ob das Verantwortlichkeitssystem auf der Basis der Bauernhaushalte sein Potential bereits erschöpft habe, ob sich dieses System nicht in eine geeignete genossenschaftliche Bewirtschaftung der Landwirtschaft verändern könne, antwortete He Kang:

Das Verantwortlichkeitssystem auf der Basis der Haushalte entspricht dem Entwicklungsstand der Produktion in den meisten ländlichen Gebieten Chinas und besitzt Lebenskraft. Die Stabilität der gegenwärtigen Landwirtschaftspolitik zu sichern und das System der vertragsgebundenen Verantwortlichkeit auf der Basis der Haushalte zu vervollkommen, bilden das wichtigste Ziel der Reform in der Landwirtschaft für eine ziemlich lange Geschichtsperiode.

Die erweiterte Bewirtschaftung der Landwirtschaft in rationellem Umfang kann die Nutzungsrate des Bodens und die Produktivität erhöhen sowie die niedrige Effizienz der Getreideproduktion von Grund auf überwinden, aber in den meisten ländlichen Gebieten ist dafür die Zeit noch nicht gekommen. Nur in den wirtschaftlich entwickelten Küstengebieten, in Vorstädten der Großstädte und Bergwerksgebieten, wo es möglich ist, die überschüssigen Arbeitskräfte zu beschäftigen und die Landwirtschaft durch die Industrie zu unterstützen, kann die Bewirtschaftung der Landwirtschaft in größerem Umfang nach und nach erweitert werden. Außerdem muß man dabei den Willen der Bauern berücksichtigen und darf man nicht mit Hilfe von administrativen Maßnahmen diese Bewirtschaftungsmethode einführen. Bei der rationelleren Bewirtschaftung in der Wassertier- und Seepflanzenzucht haben wir schon Erfahrungen gesammelt und diese in vielen Gebieten verbreitet. (BRu, Nr.18, 2.5.1989, S.16ff.) -lou-

*(29) Bewahrung der Mineralressourcen gefordert

Nach einem Artikel in der zweiwöchentlich erscheinenden Zeitschrift *Market* werden um das Jahr 2000 in China alle mineralischen Ressourcen knapp werden. Nach Ansicht von Ökonomen sei es nötig, das Konzept zu verändern, nach dem China ein großes Land ist, das über überreiche natürliche Ressourcen verfügt. Mit der Verschwendung natürlicher Ressourcen müsse Schluß gemacht werden, sie müßten von nun an bewahrt werden.

Obleich die verifizierten mineralischen Depositen Chinas an dritter Stelle in der Welt rangierten, betrage die durchschnittliche Pro-Kopf-Menge der mineralischen Ressourcen nur die Hälfte des Weltdurchschnitts, und zwar wegen der riesigen Bevölkerungsmenge in China.

In den letzten 30 Jahren seien 162 Mineralien in 200.000 Standorten entdeckt worden. Reserven von 148 der Mineralien seien verifiziert worden. Um das Jahr 2000 würde der Output der bestehenden Eisen-, Mangan- und Chrom-Minen um 10% sinken, für Kupfer, Blei und Zink sogar um 40%. Gegenwärtig habe die Produktion in 60% der staatseigenen Nichteisenmetall-Minen etwa die Hälfte oder mehr der Ressourcen aufgezehrt.

In dem Artikel heißt es ferner, daß 80% der mineralischen Depositen Chinas zwei oder mehr unterschiedliche Mineralien enthalten. Die Untersuchung von 1.845 Minen im Jahre 1986 zeigte, daß nur 2% der Minen 70% der diversifizierten Mineralien nutzten, während 75% der Minen weniger als 2,5% nutzten.

In den Kohlezechen würden nur 40% der Depositen abgebaut, während die Abbauraten in den Nichteisenmetall-Minen weniger als 60% der vorhandenen Depositen sei.

Wegen der Verschwendung beträgt der Verbrauch von Kupfer, Aluminium, Blei und Zink für je 100 Mio.US\$ des Nationaleinkommens in China zweimal soviel wie jener der entwickelten Länder. Der Verbrauch an Energie für jede 10.000 US\$ Nationaleinkommen in China ist zehnmal so hoch wie derjenige der Bundesrepublik Deutschland, fünfmal so hoch wie in Japan und 2,6mal so hoch wie in den Vereinigten Staaten.

Von 1953 bis 1985 nahm das Nationaleinkommen der Volksrepublik um 9,1mal zu, während der Verbrauch an Energie sich vervierzehnfachte und der Verbrauch von Nichteisenmetallen und Eisen um das 23fache stieg.

In dem Artikel wurde zur umfassenden Nutzung der mineralischen Depositen aufgerufen sowie zur größeren Einsparung von Energie, Wasser und anderen natürlichen Ressourcen. (XNA, 2.4.1989) -lou-

*(30) Lösung der Energiekrise?

Wenn wir Energie als das Lebensblut der modernen Gesellschaft betrachten, so kann das heutige China mit einem Patienten verglichen werden, der an Blutarmut leidet. Dies ist zumindest die Schlußfolgerung eines langen Berichtes über die Energiekrise, die kürzlich von der einflußreichen *Guangming-Tageszeitung* veröffentlicht wurde.

Ständige Energieknappheit habe das gesamte Land zerrüttet. Beispielsweise seien tägliche Energieabschaltungen in gewissen Gegenden der Hauptstadt des Landes üblich, um Elektrizität für wichtige Dienstleistungen zu sparen. Die Situation sei in ein Stadium getreten, in dem sogar das Hauptbürogebäude des Ministeriums für Energieressourcen jeden Donnerstag alle elektrischen Apparate abschalten müsse.

Einwohner in Guangzhou müssen Kerzen verwenden, um ihre Wohnungen an ein oder zwei Tagen in der Woche zu erleuchten - dies seit November 1988, als die Stadtregierung dazu gezwungen war, die Elektrizität in Wohngebieten abzuschalten. In einer kleineren Stadt in der Provinz Jiangxi gibt es nur zwei Abende in der Woche, an denen Elektrizität geliefert wird.

Noch ernst zu nehmender sei die Energiekrise in der Industrie. Lu Chunheng, verantwortlich für Industrie und Kommunikationen im Zentralen Statistikbüro, hatte erklärt, daß die durchgängige Energiekrise zum Faktor Nr.1 bezüglich der Verhinderung von Fortschritt in Chinas Modernisierung geworden sei.

In Shanghai, der größten Industriestadt Chinas, müssen viele Fabriken nun die Produktion an drei oder vier Tagen in der Woche aussetzen, und zwar wegen des Mangels an Elektrizität. Einige

Kleinstadtunternehmen in den Provinzen Jiangsu und Zhejiang müssen nun fünf Tage einer normalen 6-Tage-Woche schließen.

Das An- und Abschalten von Elektrizität hat auch zur Produktion von großen Quantitäten von Substandardgütern geführt - insbesondere Glas und Tuch. Während der letzten acht Jahre verlor die Volksrepublik schätzungsweise 200 Mrd. Yuan pro Jahr an industrieller und landwirtschaftlicher Produktion, und zwar wegen Energiemangel.

Zusammen mit Knappheiten an Elektrizität und Öl nimmt die Kohleproduktion seit Juni 1988 ständig ab, sogar in den Schlüsselzechengebieten des Landes.

Die Versorgung mit Kohlegas kann nicht mit der Nachfrage Schritt halten, und in einigen Städten können die Menschen überhaupt keine Kohle kaufen. Wenn China seine Energiekrise nicht lösen könne, so wird das Ziel der Regierung, seine Energielieferungen für die Industrie und Landwirtschaft bis zum Jahre 2000 zu verdoppeln, einfach ein Hirngespinnst bleiben.

Die Zeitung machte dann die industrielle und kommerzielle Überproduktion als Hauptursache für die Energieknappheit verantwortlich. Nach den letzten Statistiken wuchs die Produktion des Jahres 1988 von nicht erneuerbaren Energieträgern um 4,2%, während die industrielle Produktion um 20,7% anstieg.

Falsche Energiepolitiken haben ebenfalls zur Krise beigetragen. Der unkontrollierte Abbau von Kohle in kleinen Zechen durch Individuen, eine kurzfristige Energieplanung und eine kurzfristige Einstellung zur Energiepolitik haben zur Verschwendung und Zerstörung von Ressourcen beigetragen.

Ein blinder Optimismus über die Energieentwicklung hat zu ernststen Ausgabenkürzungen in dem Sektor beigetragen. Die schnelle Entwicklung der kleinen Kohlezechen zwischen 1983 und 1985 hat einigen Kadern den falschen Eindruck vermittelt, daß die Volksrepublik tatsächlich unbegrenzte Kohlevorräte habe. Deswegen wurden die Ausgaben für Forschung und Entwicklung von 7,3% im Jahre 1984 auf 4,2% im Jahre 1987 gesenkt. Dann fiel auch die Produktion drastisch.

Ein fataler Faktor, der auch in die gegenwärtige schwierige Situation hinsichtlich der Energie geführt hat, ist eine übermäßige öffentliche Nachfrage nach energieverbrauchenden Produkten, wie z.B. elektrische Haushaltsgeräte und auch Automobile.

Übermäßige Ausgaben der Regierung für den Bau von weiterverarbeitenden Fabriken, Hotels und Restaurants haben die Ökonomie bis zu einem solchen Punkt aufgeheizt, daß viele Ökonomen nun fürchten, das ganze könne überkochen.

Die Statistiken zeigen, daß auch ein nur mittelgroßes Hotel jährlich 10 Mio. KW-Stunden verbraucht. Der jährliche Energieverbrauch des luxuriösen Great-Wall-Hotels alleine entspricht etwa der gesamten Energiemenge, die die gesamte Beijing in den frühen 1950er Jahren verbrauchte.

Ein weiterer Faktor hinsichtlich der Energieknappheit ist darin zu sehen, daß staatliche Kohlezechen sowie Öl- und Gasunternehmen nun Geld verlieren und daß das Realeinkommen ihrer Arbeiter weiterhin in einer alarmierenden Rate abnimmt.

Besorgte Ökonomen argumentieren, daß energiesparende Technologien sowie fortgeschrittene Verwaltungstechniken und viel mehr Geld in den an Blutarmut leidenden Blutkreislauf der Industrie so schnell wie möglich injiziert werden müssen. (XNA, 14.4.1989) -lou-

*(31)

Umweltverschmutzung in Hebei

Ein Kader der Provinzregierung von Hebei bezeichnete die Umweltschutzgesetzgebung in der Provinz Hebei als "leeres Gerede". Die Verhältnisse in der Provinz Hebei dürften beispielhaft auch für die meisten anderen Provinzen Chinas sein.

Bian Baozhi, der Direktor des Amtes für Umweltschutz der Provinz Hebei, erklärte, daß weder die Regierung noch die Industrie dem Problem der Umweltverschmutzung eine adäquate Aufmerksamkeit geschenkt hätten. Das Resultat sei, daß fast alle 37 wichtigen Flüsse in der Provinz durch Industrieabwasser verschmutzt seien. Die einzige Ausnahme sei der Yanghe, der auch Trinkwasser für Beijing liefere.

Unter der gegenwärtigen Politik sei jeder, der Umweltverschmutzung verursache, für die Lösung dieses Problems verantwortlich. Doch industrielle Verschmutzer werden nur mit 0,1 Yuan für die Verschmutzung von 1 t Wasser bestraft. Die Kosten für die Reinigung derselben Menge Wassers seien zweibis dreimal größer. Als Ergebnis dieser Politik seien Zwischenfälle mit vergiftetem Wasser sehr häufig.

Die Bewässerung mit verschmutztem Wasser hätte zu einer ernsthaften Abnahme bei der Weizenproduktion in mehreren Kreisen im südlichen Teil der Provinz Hebei geführt. Mehr als zehn Kinder seien durch Wasser vergiftet worden, das von einer Goldmine im Kreis Laiyuan abgelassen worden war.

Die Regierung kontrolliert nun die Entwicklung von Industriebetrieben entlang dem Yanghe, um zu garantieren, daß Beijing mit reinem Wasser versorgt wird. Doch die Provinz Hebei hätte unter mehr Verschmutzung im Interesse von Beijing und Tianjin zu leiden.

Bian erklärte, daß Hebei mit Problemen fertigzuwerden hätte, die mit der Versalzung von Land und mit der Verlegung von Dörfern zu tun hätten, damit das Luanhe-Projekt gebaut werden könne, daß das Trinkwasserproblem von Tianjin erleichtern solle.

Hebei leidet nicht nur unter der Verschmutzung, die aus Beijing kommt, sondern mußte auch eine Anzahl von industriellen Verschmutzern aufnehmen, die aus Beijing und Tianjin verlagert worden waren.

Da viele Bauern nicht die Konsequenzen einer Verunreinigung verstehen, akzeptieren sie die Ansiedlung von verschmutzenden Betrieben, und zwar wegen der in diesem Zusammenhang geschaffenen Arbeitsplätze auf dem Lande.

Bian machte vorwiegend die geringen Verschmutzungskontrollen sowie das geringe Problembewußtsein von Industrie und Regierung für die verschlechterte Umwelt verantwortlich.

Er erklärte, die Provinz produziere pro Jahr 1,3 Mrd. t Abwasser, von denen nur 300 Mio. t gereinigt würden. Die zunehmende Knappheit an Wasser in der Provinz habe das Problem verschärft; auch die Luftverschmutzung wäre sehr schlimm.

In der Hauptstadt der Provinz, Shijiazhuang, hätten Staubpartikel in der Luft 800 Mikrogramm pro Kubikmeter erreicht, das wären 60% mehr als das vom Staat festgesetzte Limit.

Aufgrund des in der letzten Zeit gewachsenen Umweltbewußtseins habe die Provinz entschieden, die folgenden Maßnahmen zu ergreifen:

- Popularisierung von gewaschener Kohle
- Terminsetzung für große industrielle Verschmutzer zur Installierung von effektiven Kontrolleinrichtungen
- Durchsetzung eines umfassenden Reformprogramms in den Städten, einschließlich der Aufforstung und der Konzentration auf Heizungs- und Gaslieferungsprobleme.

(China Daily, 11.4.89) -lou-

*(32)

Kohleproduktion durch hohe Kosten beeinträchtigt

Ein Kader aus dem Ministerium für die Kohleindustrie erklärte, daß in den letzten Monaten unzulängliche Lieferungen an Kohle aus der Provinz Shanxi in andere Teile Chinas die Energieversorgung und die Stahlindustrie beeinträchtigt hätten. Der Mangel an Kohle wird für den Rückgang in der Stahlproduktion verantwortlich gemacht sowie für die Verringerung der Elektrizitätsproduktion in Höhe von 10 Mio.kWh pro Tag im östlichen Energienetz Chinas.

Im Jahre 1988 produzierte Shanxi 240 Mio.t Kohle, das waren ein Viertel der gesamten Kohleproduktion Chinas. Dreiviertel der Kohle für den Binnenmarkt und die Hälfte der chinesischen Exportkohle stammen aus Shanxi.

Der Kader fügte hinzu, daß die fünf Jahre von 1980 bis 1985 die großen Tage in der Kohleproduktion Shanxis gewesen seien. Die Produktion stieg von 121 Mio.t auf 214 Mio.t. 80% des Zuwachses kam aus kleineren Dorfzechen, deren Ausstoß von 53,8 Mio.t auf 128,6 Mio.t stieg.

Seit 1985 ist die Kohleproduktion der Provinz jedoch zurückgegangen. In den letzten drei Jahren sank die jährliche Wachstumsrate der Dorfzechen beispielsweise von 19% auf 2,1%, was einer jährlichen Abnahme von 12,3 Mio.t Rohkohle entspricht. Der Kader erklärte dies mit dem Trend zu höheren Produktionskosten und geringeren Investitionen. Jahre des Abbaus haben die Reserven in hochliegenden Kohle-

flözen erschöpft, während der Abbau aus tiefliegenden Flözen mehr Investitionen erfordert.

Die Knappheit an Mitteln mache es unmöglich, die Investitionen zu erhöhen. Die Kohlepreise seien unverändert geblieben, während die Preise für Produktionsmaterialien, wie beispielsweise Bauholz, Stahl und Dynamit, angestiegen seien.

Verglichen mit dem Umfang der Investitionen zwischen 1980 und 1985 seien beispielsweise die Investitionen in den letzten drei Jahren um 40% gesunken, was einer jährlichen Abnahme von 60 Mio. Yuan in den örtlich betriebenen Kohlezechen entspreche.

Hinzu kommt, daß Bergleute, die aus ländlichen Gebieten kommen, der Meinung sind, daß in der Kohleindustrie nicht gut gezahlt wird. Deswegen suchen sie sich andere Beschäftigungen.

Der Kader aus dem Ministerium für die Kohleindustrie fügte hinzu, daß eine Anzahl von Maßnahmen ergriffen worden sei, um die Produktion anzuregen. Darunter befänden sich die Anhebung des Kohlepreises sowie die verbesserte Versorgung mit Produktionsmaterialien.

Shanxi könne nicht in seinen Anstrengungen nachlassen, denn die Nation benötigt die Kohle in den nächsten zehn Jahren. Die jährliche Produktion sollte auf 400 Mio.t ansteigen.

Wegen seiner reichen Kohlereserven, die sich auf 210 Mrd.t belaufen sollen, seiner langjährigen Erfahrung bei der Kohleproduktion sowie des guten Eisenbahn- und Straßensystems ist Shanxi in der Lage, die Erwartungen des Landes zu erfüllen. (China Daily, 17.4.89) -lou-

*(33)

Doppeltes Preissystem reformhemmend

Das gegenwärtige doppelte Preissystem von staatlich festgesetzten und Marktpreisen für dasselbe Produkt wird nicht länger als eine effektive Maßnahme zur Förderung der Preisreform betrachtet. Das System hat eher zur wirtschaftlichen Unordnung, zu Korruption und Inflation beigetragen. Der Wirtschaftswissenschaftler Shi Xiaomin ist der Meinung, dieses System solle abgeschafft werden. Shi nannte das doppelte Preissystem eine

Form der Preisdiskriminierung, die den Zielen der Reform entgegensteht.

Viele Ökonomen glauben, das doppelte Preissystem sei Anfang 1985 von Bedeutung gewesen, als der Staat den Unternehmen erlaubte, ihre eigenen Preise hinsichtlich jener Güter festzusetzen, die über den Staatsplan hinaus produziert wurden. Dies wurde damals eingeführt, um ideologische Konflikte zu vermeiden, die das Ergebnis einer zu schnellen umfassenden Preisreform hätten sein können.

Es hat sich aber herausgestellt, daß dies keine Hilfe bei der Schaffung eines Konkurrenzmarktsystems, einer rationalen Preissystems oder einer optimalen Verteilung der Ressourcen war. Die Preislücke zwischen den staatlich festgesetzten und den Marktpreisen aller Güter und Ressourcen, einschließlich der Fonds, Devisen und wichtiger Produktionsmaterialien, wird auf 400 Mrd. Yuan geschätzt. Dies hat zu unkontrollierten Ausgaben, zu unfairer Einkommensverteilung und zu offizieller Korruption geführt.

Die enormen illegalen Gewinne, verursacht durch die Preisdisparitäten, haben die Wirtschaft in Unordnung gebracht, soziale Unordnung erzeugt und zu ernsthaften wirtschaftlichen Verlusten für den Staat und das Volk geführt.

Das multiple Preissystem wurde anhand der Verkäufe von Kunstdünger analysiert. Kunstdünger haben im allgemeinen vier Preisebenen. Es gibt einen offiziellen Preis, der von der Zentralregierung kontrolliert wird, und einen offiziellen Preis, der von der lokalen Regierung kontrolliert wird. Dann gibt es einen ausgehandelten Preis, der von den Regierungen auf allen Ebenen überwacht wird, und schließlich einen Preis, der durch den Markt reguliert wird.

Eine Zeitlang wurde der Preis für Kunstdünger durch Subventionen der Regierung an die Produzenten niedrig gehalten. Inzwischen sind jedoch die Preise vieler landwirtschaftlicher Produkte freigegeben worden, und der Staat hat seine Kontrolle über den Kunstdüngermarkt verloren. Die Regierung hat immer noch die Kunstdünger zu subventionieren, um wissenschaftliche Forschung zu unterstützen und jene Verluste der Bauern zu kompensieren, die ihr Getreide zu niedrigen Preisen an den Staat verkaufen. Und dennoch geht der vom Staat verteilte Kunstdünger nicht direkt an die Bauern.

Das multiple Preissystem bedeutet, daß die Kunstdüngerfabriken ihre Produkte zu von der Regierung festgesetzten Preisen verkaufen, während die Farmer Marktpreise zu zahlen haben. Die staatlichen Subventionen gehen an Geschäftsleute, vorwiegend Kader, die in der Lage sind, sich den Kunstdünger zu offiziellen Preisen zu verschaffen. Als Ergebnis dessen haben weder die Unternehmen noch die Bauern einen Anreiz, mehr Kunstdünger oder mehr Getreide zu produzieren.

Das doppelte Preissystem wurde zu einer Zeit eingeführt, als die Auswirkungen noch nicht klar verstanden wurden und die Politik noch nicht stark genug war, um die neuen Praktiken zu kontrollieren. (China Daily, 6.4.89) -lou-

* (34) Fortschritte in Hainan

Die Wirtschaft der Provinz Hainan, Chinas 5. Sonderwirtschaftszone, beruht immer noch im wesentlichen auf der Landwirtschaft und ist unterentwickelt. Es gibt ca. 250 staatliche Unternehmen, von denen 40% mit Verlust arbeiten, und zwar wegen schlechten Managements.

Die Ankunft von talentierten Menschen aus dem Mutterland bedeutet eine Hilfe für Hainan. Insgesamt 14.000 Menschen haben sich nun neu in Haikou, der Hauptstadt von Hainan, angesiedelt. 56.000 Menschen werden nur zeitweilig dort bleiben.

Wie der Provinzgouverneur mitteilte, habe der Exporthandel der Provinz im Jahre 1988 gegenüber dem Vorjahr um 2,5mal zugenommen. Der Außenhandel habe 771 Mio. US\$ betragen. Die Exporte hätten 281 Mio. US\$ ausgemacht. Für 1989 werden 360 Mio. US\$ Exporte und 500 Mio. US\$ Importe erwartet.

Die Provinz hat Schritte unternommen, um die Infrastruktur zu verbessern. Insgesamt wurden 75 km neue Straßen gebaut, andere wurden repariert. Ca. 50 Mio. Yuan wurden ausgegeben, um die Häfen zu verbessern. Das totale Frachtvolumen betrug 42,25 Mio. t km im Jahre 1988, das waren 13,5% mehr als im Jahre 1987. Der Passagierverkehr nahm fast um 50% zu. Insgesamt wurden 7.000 Digitaltelefone neu installiert. Die Einwohner von Hainan können nun die meisten Städte in China direkt anwählen.

Mit Genehmigung der Zivilen Verwaltung für die Luftfahrt und der Provinzregierung von Hainan wird im Juni 1989 eine Luftfahrtgesellschaft auf Hainan gegründet. Diese Luftfahrtgesellschaft wird internationale, einheimische und regionale Luftrouten bedienen, und zwar unter der Verwaltung der Zivilen Luftfahrtverwaltung von Guangzhou. Die Luftflotte wird zunächst aus drei chinesischen Yun 7-100 und drei Boeing 757 bestehen.

Für die neue Gesellschaft werden neue Flughäfen gebaut. Der Flughafen von Haikou wurde kürzlich verbessert und erweitert. Mit dem Beginn des Baus eines internationalen Flughafens wird noch in diesem Jahr gerechnet.

Die zivile Luftfahrtindustrie in Hainan ist in den letzten Jahren schnell gewachsen. Die Insel hat direkte Luftverbindungen nicht nur mit Guangzhou, sondern auch mit Beijing, Shanghai, Chengdu, Kunming und Shenyang. Es werden weiterhin Charterflüge nach Hongkong, Singapur und Bangkok betrieben. Im Jahre 1988 betrug die Gesamtzahl der Luftpassagiere nach Hainan 473.000. (China Daily, 12. und 25.4.89; XNA, 28.4.89) -lou-

* (35) System der Anteilsscheine soll umstrukturiert werden

Das Land müsse damit beginnen, das System der Anteilsscheine realistisch zu standardisieren und Unternehmensgesetze, Gesetze für den Handel mit Anteilsscheinen sowie Richtlinien für den Aktienmarkt zu erlassen. Dies schrieb die *Volkszeitung* in einem Artikel und fügte hinzu, daß man bei der Umstrukturierung der bestehenden Unternehmen nicht dem gegenwärtigen Modell der Anteilsscheine folgen solle, da dies nicht einem wirklichen Aktiensystem entspreche.

Nach Angaben der Zeitung haben die meisten chinesischen Anteilsscheine noch die folgenden Eigenschaften:

- Das Aktienkapital der privaten Eigentümer, die Zinsen und Dividenden werden durch die Unternehmen garantiert, und zwar unabhängig von den Leistungen des Unternehmens auf dem Markt. Die Zinsen und Dividenden für Aktien sind viel höher als die Zinsen auf Bankeinlagen.
- Die sogenannten Aktien sind tatsächlich Anleihscheine, da es nach Ausgabe der Aktien keinen Handel mehr gibt.

- Die ursprünglichen Vorstandsvorsitzenden, Direktoren und Geschäftsführer der infragekommenden Gesellschaften bleiben im Amt oder werden immer noch durch vorge setzte Behörden ernannt, wie dies immer der Fall gewesen ist.

Nach Meinung der *Volkszeitung* sollte die Volksrepublik ein System auf Versuchsbasis initiieren, das "Standardanteilsscheinsystem" genannt wird. Der Schlüssel für ein solches System läge darin, eine Verwaltungsabteilung zu gründen, die für das staatseigene Kapital zuständig wäre. Nach einer Einschätzung könnten die staatseigenen Kapitalien in Form von Aktien verkauft werden, und die so erzielten Mittel könnten für Investitionen in neuen Industriezweigen oder Unternehmen benutzt werden. Unter keinen Umständen sollten staatseigene Kapitalien Gebietskörperschaften, Unternehmen oder Einzelpersonen zugeteilt werden.

Es sollten unabhängige Bewertungsagenturen gegründet werden, um das Aktiensystem, Leasinggeschäfte, Auktionen, Unternehmenszusammenschlüsse und Konkurse zu überwachen. Mit der gegenwärtigen Praxis, nach dem das garantierte Kapital, Zinsen und Dividenden an private Aktieninhaber in einer festgesetzten Periode zurückgezahlt wird, sollte Schluß gemacht werden. Finanzerträge von Aktien sollten eng verbunden werden mit der Leistung des ausgebenden Unternehmens, das regelmäßig seine Bilanzen publizieren müßte.

Es sei ein dringendes Erfordernis, daß Gesetze hinsichtlich des Kaufs und Verkaufs von Aktien und Anleihepapieren, Gesetze über die Führung von Unternehmen sowie Regeln über den Aktienmarkt durchgesetzt werden. Der Staat sollte ebenso eine einheitliche Steuerrate für staatliche, kollektive und private Unternehmen festsetzen. Die Vorsitzenden des Vorstandes sowie die Direktoren sollten von den wichtigsten Aktieninhabern gewählt werden.

Der Hauptgeschäftsführer sollte dann vom Vorstand ernannt werden. Der Vorstand soll die Rechte und Pflichten der Hauptgeschäftsführer regeln.

Gewinne aus Geschäftstätigkeit sollten genutzt werden, um Einkommenssteuern, Schulden sowie den Bau von Energie- und Transportprojekten zu zahlen. Gewinne sollten auch beiseite gelegt werden und als Fonds für Entwicklung, Wohlfahrt und Boni genutzt

werden. Erst nach Abzug dieser Fonds könne über die Dividenden entschieden werden.

Unternehmen, die Aktien verkaufen, sollten auch Entscheidungsbefugnisse über ihre eigenen Tätigkeiten haben, ihre eigenen Preise festsetzen und ihre eigene Wahl hinsichtlich der Anzustellenden und zu Entlassenden treffen können. (RMRB, 3.4.1989) -lou-

*(36)

Northwest China Airways gegründet

Eine neue Fluggesellschaft, genannt Northwest China Airways, wurde am 7.4.1989 in Xi'an gegründet. Gleichzeitig wurden die zivile Luftfahrtverwaltung Nordwest China sowie die Xiguan-Lufthafenbehörde gegründet, dies teilte ein Sprecher der Civil Aviation Administration of China (CAAC) mit. Der Sprecher, der gleichzeitig die Auflösung der früheren Zivilluftfahrtverwaltung der Region Xi'an mitteilte, erklärte, daß die Northwest China Airways eine der sechs großen staatlichen Fluggesellschaften sei, die in der Volksrepublik gegründet werden sollten.

Bereits gegründet worden sind die Southwest China Airways in Chengdu, die East China Airways in Shanghai und Air China in Beijing. Die South China Airways, die in Guangzhou stationiert werden soll, und die North China Airways in Shenyang sollen bald gegründet werden.

Die Schaffung der neuen Luftgesellschaft ist ein weiterer wichtiger Schritt in den Reformmaßnahmen der CAAC. Reformiert werden soll die Verwaltung, Regierungsfunktionen sollen von Geschäftsfunktionen getrennt werden; auch soll die Konkurrenz in die Lufttransportmärkte der Volksrepublik eingeführt werden.

Die Northwest China Airways und der Flughafen Xiguan sind Wirtschaftseinheiten, die für ihre eigene Tätigkeit verantwortlich sind. Mit einer Luftflotte von 10 großen Flugzeugen, darunter sowjetische TU-154, bedient die Fluggesellschaft 30 Inlandsrouten zu 31 wichtigen Städten. Die Gesellschaft wird sich ebenso mit Charterflügen zwischen Xi'an und Hongkong beschäftigen. (XNA, 8.4.1989) -lou-

*(37)

Imageprobleme der Werbung

Zwar ist die Werbung ein wachsender Geschäftszweig in China, doch verglichen mit westlichen Ländern ist ihr Umfang immer noch gering. In China werden jährlich pro Kopf der Bevölkerung nur 1,05 Yuan für Werbung ausgegeben, das ist weniger als 1tausendstel der Kosten für jeden Amerikaner.

Nach dem "Rat für die Werbung in China" bedienen sich nun auch viele Unternehmen in China der Werbung, um größere Märkte für ihre Produkte zu finden.

Es gibt nun 10.800 Werbeagenturen, in denen 117.000 Menschen beschäftigt sind. Ihr Umsatz betrug mehr als 1,5 Mrd. Yuan im Jahre 1988.

Die Werbeindustrie hat jedoch ein Glaubwürdigkeitsproblem; ihr Image bei den Konsumenten ist sehr niedrig. Die Agenturen sind auf der Suche nach einem verbesserten Werbesystem und -wegen, um falsche Werbung auszuschalten. Experten weisen darauf hin, daß die Lizenzierung von Werbeagenturen, ein System zur Berichterstattung über falsche Werbeaussagen sowie eine Vorzensur von Bedeutung seien, um ein gutes Image beim Publikum aufzubauen. (China Daily, 9.4.89) -lou-

Taiwan

*(38)

Neuer Durchbruch in chinesisch-chinesischen Beziehungen

Im Laufe des Monats sind wieder einige Hindernisse in den chinesisch-chinesischen Beziehungen beseitigt worden. Laut Beschluß der Arbeitsgruppe für die Angelegenheiten des (chinesischen) Festlands im Exekutiv Yuan (Kabinett) vom 17. April dürfen jetzt Journalisten und Filmemacher dienstlich auf das chinesische Festland reisen. Lehrer, Angestellte und Arbeiter von öffentlichen Schulen und Hochschulen dürfen während der Sommer- und Winterferien nahe Verwandte auf dem chinesischen Festland besuchen; davon ausgenommen sind diejenigen, die zum Militär oder zur Polizei gehören oder in militärischen oder Polizeiausbildungsanstalten arbei-

ten, Hochschulrektoren und diejenigen, die sich in Regierungsauftrag bei militärisch geheimen Forschungsanstalten beschäftigen. (LHB, ZYRB und CP, 18.4.89)

Am 17. April flog zum erstenmal seit 40 Jahren ein Team von 28 Sportlern aus Taiwan in Begleitung von 24 Journalisten nach Beijing und nahm dort an den asiatischen Jugend-Turnwettkämpfen vom 21. bis 23. April teil. Zuvor hatten die Sportorganisationen beider chinesischen Seiten über den Namen der Mannschaft aus Taiwan lange verhandelt. Man einigte sich schließlich auf die Bezeichnung "Zhonghua Taipei" (Chinesische Taipei) statt des ursprünglichen von Beijing verlangten Namens "Zhongguo Taipei" (China, Taipei). (ZYRB, LHB und CP, 8.4.89) Zu gleicher Zeit erklärte Ministerpräsident Yu Guohua (Yu Kuohwa), daß Taiwan in Zukunft an allen auf dem chinesischen Festland stattfindenden internationalen Konferenzen teilnehmen werde, sofern das Festland selbst nicht der Veranstalter sei. Einen Tag zuvor hatte die Regierung beschlossen, eine Delegation zur Teilnahme an der 22. Jahrestagung der ADB (Asian Development Bank) vom 4. bis 6. Mai nach Beijing zu senden. (LHB, ZYRB und CP, 7.4.89)

Außerdem können gebürtige Insulaner, die vor 40 Jahren als Soldaten der nationalchinesischen Armee aufgrund des Bürgerkrieges auf dem Festland blieben, ab 31. März die Rückkehr nach Taiwan beantragen. Es sind schätzungsweise noch über 1.000 Personen, die das betrifft, aber bislang hat das Verteidigungsministerium nur 462 bestätigt und die Namen nicht bekanntgegeben. (LHB, 1.4.89) Ab Ende April werden die Einwohner Taiwans nach Worten von Verkehrsminister Guo Nanhong die Möglichkeit haben, über Hongkong mit dem chinesischen Festland zu telefonieren. (LHB, 14.4.89) -ni-

*(39)

Handelsüberschuß wieder gestiegen

Im ersten Quartal d.J. exportierte Taiwan Waren im Wert von über 14,9 Mrd. US\$, während die Importe knapp 12,2 Mrd. US\$ betragen; damit wies die Bilanz der ersten drei Monate einen Überschuß von rd. 2,7 Mrd. US\$ auf. Im gleichen Zeitraum 1988 war der Überschuß gegenüber dem Vorjahr von 4,18 Mrd. auf 2,22 Mrd. US\$ gesunken. (FCJ, 10. und 27.4.89; vgl. C.a. April 1988, Ü 37, S.27 f.)